



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 10, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Medienspiegel Kalenderwoche 15 / 2015

- NZZ, 05.04.15; Für Lehrlinge ist Französisch meist unnötig
- Berner Zeitung; 5. April 2015: Nur noch halb so viele Stunden für Medien
- bz Basellandschaftliche Zeitung, 07.04.15: Peter Gautschi ist überzeugt: «Wir brauchen das historische Denken»
- Tagblatt, 8. April 2015, SVP Wattwil ist gegen den Lehrplan 21
- Tagblatt; 9.4.15: Wer spielt lernt mehr
- schwaebische.de; Sexuelle Vielfalt und Kindeswohl
- 20 Minuten, 9.4.15: «Mehr Werken, weniger Französisch büffeln»
- Tagblatt, 9. April 2015, Ein Rücktritt gegen die Reform
- Tagblatt, 10. April 2015, Streit um Fremdsprachenunterricht hält an
- Tagblatt 10.04.15; Leserbrief
- Ostschweiz am Sonntag 12.04.15; Leserbrief

Sind Sie schon Mitglied in unserem Verein? Anmeldung an: info@starkevolksschulesg.ch

Unterstützen Sie unsere Bemühungen mit einem finanziellen Beitrag auf PC-Konto **61-562879-4** (IBAN: CH 48 0900 0000 6156 2879 4), für unsere Kinder - besten Dank



**Ja zu klaren
Jahreszielen**

Ja zum HarmoS Austritt!

Sekretariat Starke Volksschule SG | Bahnstr. 10 | 9422 Staad
Tel: 071 565 18 85 | sekretariat@starkevolksschulesg.ch



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 10, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

NZZ, 05.04.15; Für Lehrlinge ist Französisch meist unnötig



Der Maurerlehrling Patrick Horn auf einer Baustelle in Winterthur. (Bild: Christoph Ruckstuhl / NZZ)

Erstmals haben die Berufsorganisationen und der Schweizerische Gewerbeverband (SGV) einheitlich definiert, welche Anforderungen ihre Berufslehren an die Lehrlinge stellen. Damit lassen sich die Lehren untereinander vergleichen. Eine Auswertung des SGV für die «NZZ am Sonntag» zeigt nun, welche Berufe die höchsten und welche die niedrigsten Anforderungen an ihre Lehrlinge stellen – sowohl im Durchschnitt als auch nach Fachbereichen.

Mehr noch: Die Aufstellung belegt, dass bei etwa 60 Prozent aller Berufslehren, inklusive der Anlehren, keine Fremdsprachenkenntnisse gefragt sind. Dies bestätigt Walter Goetze, Leiter des Büros für Bildungsfragen, der die Profile und Listen zusammengestellt hat. Für die Deutschschweiz bedeutet dies, dass bloss bei etwa 40 Prozent aller Lehrberufe Französisch oder Englisch gefragt ist. Da sich darunter allerdings so beliebte Berufe wie Kaufmann, Detailhandelsangestellter und Fachfrau Gesundheit befinden, müssen dennoch etwas mehr als die Hälfte (rund 60 Prozent) aller Lehrlinge Fremdsprachen lernen.

Der hohe Anteil der Berufe ohne Fremdsprachen ist politisch brisant, weil verschiedentlich schon die Möglichkeit, Französisch an der Oberstufe abzuwählen, gefordert wurde, damit sich die Schüler auf die für ihren Beruf wesentlichen Fächer konzentrieren können. Im letzten Jahr etwa ist ein



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 10, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

entsprechender Vorstoss im Zürcher Kantonsrat abgelehnt worden. Die nun vorliegende Liste könnte solchen Anliegen wieder Auftrieb geben.

Die Profile sollen den Schülern helfen, möglichst passende Lehrstellen zu finden. Damit könnte die Abbruchquote gesenkt werden, die je nach Branche bei bis zu 30 Prozent liegt, hofft SGV-Direktor Hans-Ulrich Bigler. Er sagt: «Wenn der Informationsstand höher ist und das letzte Schuljahr vermehrt als gezielte, schulische Vorbereitung auf die Lehre genutzt wird, sollten sich die Abbrüche reduzieren lassen.»

Lehrerverbandspräsident Beat Zemp warnt hingegen vor einer zu engen schulischen Fokussierung auf die Anforderungen der Berufswelt. Eine Abwahl von Fächern, etwa einer Fremdsprache, wäre problematisch: «Man weiss nie, ob es mit einer Lehre klappt und welche Kompetenzen man eventuell später noch benötigt.»

Die Kantone Aargau, Basel-Stadt, Basel-Landschaft und Solothurn wollen einheitliche Eignungstests für ihre Schüler aufbauen, die sich auf diese Anforderungsprofile abstützen. Erarbeitet werden sie am Institut für Bildungsevaluation der Universität Zürich. Auch andere Kantone haben Pläne in diese Richtung.

<http://www.nzz.ch/nzzas/nzz-am-sonntag/fuer-lehrlinge-ist-franzoesisch-meist-unnoetig-1.18516605>



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 10, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Berner Zeitung; 5. April 2015: Nur noch halb so viele Stunden für Medien

Das künftige Fach ICT an der Volksschule schrumpft. Nachdem die Kantone Kritik übten, die Vorgaben seien unrealistisch, sind noch knapp halb so viele Lektionen für Medien und Informatik (ICT) vorgesehen.



Der Fachbereich Informatik und Medien soll erst ab der fünften Klasse in eigenen Lektionen thematisiert werden.

Medien- und Informatikkenntnisse gehören heute unbestritten zum Bildungsrucksack eines Jugendlichen. Die Frage, wie viel davon an der Volksschule vermittelt werden soll, führte im Rahmen des neuen Lehrplans für alle 21 Deutschschweizer Kantone zu einer Kontroverse. Einige Kantone mahnten, die Lehrplanautoren seien zu ambitiös. Die einst zugrunde gelegten Lektionen wurden nun zusammengestrichen. Gegenüber der ersten Fassung sind noch knapp halb so viele vorgesehen, wie dem am Donnerstag veröffentlichten Bericht der Arbeitsgruppe Medien und Informatik (ICT) zu entnehmen ist.

9 Millionen Franken Mehrkosten

Die extra dafür eingesetzte Arbeitsgruppe kam zu folgenden Schlüssen: Der Fachbereich Informatik und Medien soll in der Unterstufe in den normalen Unterricht integriert und erst ab der fünften Klasse in eigenen Lektionen thematisiert werden. Anwendungen, also beispielsweise die Nutzung des Programms Excel, sollen in anderen Fächern geübt werden. Medienpädagogik und klassische Informatik (beispielsweise das Programmieren) werden dagegen in eigenen Gefässen stattfinden. Laut Christoph Mylaeus, Geschäftsführer der Erziehungsdirektorenkonferenz der Deutschschweizer



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 10, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Kantone (D-EDK), kann dies in Projektwochen oder in Wochenlektionen geschehen.
«Die konkrete Ausgestaltung ist Sache der Kantone.»

Sowohl im Kanton Zürich wie im Kanton Bern kommen die Neuerungen gut an. Erwin Sommer, Vorsteher des bernischen Amtes für Kindergarten, Volksschule und Beratung, begrüsst die Aufteilung in den Anwendungsbereich und den Bereich Medienpädagogik und Informatik. Die vier von der Arbeitsgruppe vorgeschlagenen Jahreslektionen seien in der Stundentafel vorgesehen. Den definitiven Entscheid dazu fälle das Parlament Ende Jahr. Die Mehrkosten für die ICT-Lektionen belaufen sich auf 9 Millionen Franken pro Jahr (Kanton und Gemeinden). Die Kosten für Lehrmittel und Infrastruktur müssen im Kanton Bern die Gemeinden tragen. 17 Gemeinden hätten sich bereits besorgt an den Kanton gewandt. Man werde mit ihnen das Gespräch suchen, so Sommer.

Knackpunkt Lehrmittel

In Zürich lassen sich die Kosten noch nicht beziffern, wie Martin Wendelspiess, Chef des Zürcher Volksschulamtes, auf Anfrage schreibt. Das Projekt zur Umsetzung des Lehrplans 21 sei erst Anfang Jahr gestartet worden. Dass Informatik nun einen eigenen Kompetenzbereich darstelle und Zuständigkeiten klarer geregelt würden, werde die Umsetzung erleichtern. Knackpunkte für einen erfolgreichen ICT-Unterricht werden die Ausbildung der Lehrpersonen, die technische Ausstattung der Schulen und das Lehrmittel sein. Letzteres soll in Zusammenarbeit hergestellt werden, wie die Arbeitsgruppe ICT vorschlägt. Derzeit befänden sich erst sehr wenige spezifische Lehrmittel auf dem Markt

<http://www.bernerzeitung.ch/region/kanton-bern/Nur-noch-halb-so-viele-Stunden-fuer-Medien/story/12423039>



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 10, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

bz Basellandschaftliche Zeitung, 07.04.15: Peter Gautschi ist überzeugt: «Wir brauchen das historische Denken»

Peter Gautschi ist Professor für Geschichtsdidaktik an der Pädagogischen Hochschule Luzern. Er arbeitete beim Lehrplan 21 mit.

Das Fach Geschichte gibt es nicht mehr – im Lehrplan 21 geht es im Fachbereich «Räume, Zeiten, Gesellschaften» auf. Professor Peter Gautschi über Trends im Bildungswesen.

Herr Gautschi, in diesem Jahr feiert die Schweiz verschiedene Jubiläen: 700 Jahre Schlacht am Morgarten, 500 Jahre Schlacht bei Marignano und 200 Jahre Wiener Kongress. Lernen die Schüler diese Ereignisse noch?

Peter Gautschi: Morgarten, Marignano und der Wiener Kongress kommen vor, allerdings eingebettet in Zusammenhänge. So werden im Unterricht auch Mythen wie die Schlacht von Morgarten thematisiert, um zu zeigen, wie die junge Schweiz sich im 19. Jahrhundert eine Identität schuf.

Die Schlacht von Marignano ist ein gutes Beispiel, um das Söldnerwesen oder die Verknüpfungen der Eidgenossenschaft mit den Grossmächten in Europa zu erklären. Und der Wiener Kongress hat grosse Auswirkungen auf das Werden der Schweiz.

Spielen Daten im Geschichtsunterricht überhaupt noch eine Rolle?

Klar. Daten sind nach wie vor Symbole für Ereignisse und damit eigentliche historische Fixsterne. Es ist wichtig, Ursachen, Wirkungen, Zusammenhänge eines Ereignisses zu erkennen. Betrachten wir das Jahr 1815 mit dem Wiener Kongress, dann ist es ein Kristallisationspunkt für die Neuordnung von Europa.

Deshalb müssen die Schüler gewisse Zahlen als Abkürzungen für ganze Geschichten kennen. Es bringt aber nichts, wenn sie Zahlen isoliert lernen.

Im Lehrplan 21 geht das Fach Geschichte im Fachbereich «Räume, Zeiten, Gesellschaften» auf. Stehen Ihnen als Geschichtsdidaktiker nicht alle Haare zu Berge?

Doch (lacht). Allerdings sind wenigstens die Kompetenzbereiche im Lehrplan 21 bei «Räume, Zeiten, Gesellschaften» eindeutig fachorientiert: Vier Bereiche beziehen sich auf Geografie und vier auf Geschichte.

Seit klar ist, dass die Reform diese Fachorientierung postuliert, schaue ich dem Lehrplan 21 gelassener entgegen. Aber es stimmt, dass Geschichte kein eigenes Schulfach ist. Das ist auch ein Ausdruck des Problems, das Pädagogen seit langem weltweit beschäftigt: Wie teilen wir das Wissenswerte in Schulfächer auf?



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 10, 9422 St. Gallen
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Werden in anderen Ländern die Fächer Geschichte oder Geografie bereits gemeinsam unterrichtet?

Ja, dieser integrative Ansatz ist nicht neu. Es stellt sich für jede Schulstufe die Frage, ob wir uns bei der Gliederung der Schulfächer an der Lebenswelt oder an der Wissenschaft orientieren.

Im deutschsprachigen Raum war Hessen ein Vorreiter der Lebensweltorientierung auf der Sekstufe I und bot Gesellschaftslehre als integriertes Fach an. Inzwischen ist Hessen wieder stärker zur Wissenschaftsorientierung und somit zum Fach Geschichte zurückgekehrt.

Was sind Gründe für diese Umkehr?

Wie fast alle Veränderungen im Schulwesen der letzten Jahre hat auch Hessen dies mit den Pisa-Studien begründet. Die Schweiz zog ebenfalls aufgrund der Pisa-Resultate ihre Konsequenzen – mit dem Lehrplan 21 werden die Kompetenzen und der integrative Ansatz gestärkt. Mit den gleichen Resultaten wird ganz Unterschiedliches gemacht: Die einen integrieren und schaffen neue Fachbereiche, die anderen stärken die Fächer.

Das klingt nicht nach einer Lösung.

Ich gehe davon aus, dass wir einen ähnlichen Weg wie etwa die Vereinigten Staaten einschlagen werden. Dabei haben Lebensweltorientierung und Wissenschaftsorientierung – also Gesellschaftkunde und Geschichte – im gleichen Schulsystem Platz.

Es gilt hier auch zu beachten, dass der Lehrplan 21 den einzelnen Kantonen, Schulen und Lehrpersonen weiterhin Gestaltungsspielraum gibt. Sie entscheiden, ob sie Geografie und Geschichte getrennt oder integriert unterrichten oder ob sie beide Varianten zulassen. Hauptsache, die Schüler erreichen die geforderten Kompetenzen.

Es ist doch das Ziel, ein einheitliches System einzuführen?

Gleiche Grundansprüche für alle Schüler – das ja! Aber der Weg dorthin ist relativ offen. Hier spielen die Lehrmittel eine entscheidende Rolle. Einige Verlage werden sich klar an der Geschichte als Einzelfach orientieren, andere werden vermutlich versuchen, so etwas wie ein Integrationsfach hinzubekommen. Ich gehe davon aus, dass die meisten Kantone, Schulen und Lehrpersonen denjenigen Weg wählen, den sie schon jetzt umgesetzt haben.



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 10, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Wir halten also an Bestehendem fest?

Ja und nein: Es gibt bewährte Wege, aber neue gemeinsame Ziele. Jetzt richten sich in der Deutschschweiz alle Kantone an den neuen und gemeinsamen Kompetenzen des Lehrplans 21 aus. Diese sind erstmals vereinheitlicht. Im Bereich der Geschichte sind zwölf Grundansprüche definiert worden.

Was für neue Grundansprüche gibt es mit dem Lehrplan 21?

Neu werden Aspekte der Geschichtskultur unterrichtet. Damit reagiert die Volksschule auf den Umstand, dass es noch nie so viel Geschichte wie heute gab. Im Kino, in Romanen, in Comics oder gar in der Popmusik: Überall ist Geschichte präsent.

Die Kinder und Jugendlichen sollen lernen, wie sie mit dieser Geschichte in ihrer Umgebung umgehen können. Ein Ziel ist zum Beispiel, dass sie bei einem Spielfilm wie jenem über den Medicus hinterfragen, was historisch verbürgt und was erfunden ist.

Das sind hohe Ansprüche.

Wenn man einen Film schaut und hineingezogen wird, passieren historische Kurzschlüsse sofort. Geschichte ist oft beste Unterhaltung und macht Spass. Auch das soll die Schule vermitteln. Indem die Schule den Film mit einer Quelle anreichert, erhalten die Kinder und Jugendlichen eine zusätzliche Perspektive.

Sobald sie Film und Quelle vergleichen und fragen <Wieso gibt es bei den beiden Erzählungen so grosse Unterschiede?>, ist schon viel gewonnen.

Sie selber arbeiteten als Geschichtsdidaktiker am Lehrplan 21. Sind Sie mit dem Erreichten zufrieden?

Im Grundlagenbericht waren die Vorgaben für das Fach Geschichte unbefriedigend. Inzwischen bin ich einigermaßen zufrieden, wie wir auf der Ebene der Kompetenzbereiche die Fachlichkeit retten konnten. Ich bin aber überzeugt, dass Geschichte über kurz oder lang in unserem Schulsystem wieder eine grössere Rolle spielen wird.

Weshalb?

Im Lehrplan 21 ist das Fach deutlich unter seinem gesellschaftlichen Wert eingestuft. Um das zu erkennen, reicht ein Blick in die Westschweiz und natürlich nach Europa oder Asien. Je mehr eine Gesellschaft ihre Identität und neue Wege sucht, umso stärker schaut sie in die Vergangenheit.



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 10, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Um die immer grösser werdenden gesellschaftlichen Herausforderungen zu bewältigen, brauchen wir historisches Denken. Von daher bin ich zuversichtlich, dass nach der nächsten Lehrplanrevision Geschichte wieder ein eigenständiges Fach ist.

Am Donnerstag, 16. April um 17.15 Uhr findet im Departement Geschichte (Hirschgässlein 21) ein Podiumsgespräch über das Fach Geschichte und den Lehrplan 21 statt.

Es diskutieren unter anderen der Basler Erziehungsdirektor Christoph Eymann, Peter Gautschi und Basler Geschichtslehrer.

<http://www.basellandschaftlichezeitung.ch/basel/baselbiet/peter-gautschi-ist-ueberzeugt-wir-brauchen-das-historische-denken-129010874>



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 10, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

südostschweiz, 07.04.15 Kommt das freie Spielen zu kurz?

Die Gegner des Lehrplans 21 erhalten Unterstützung: Kinder haben immer weniger Zeit für das freie Spiel. Mit dem Lehrplan 21 wohl noch weniger, fürchten jetzt auch Erziehungswissenschaftler.

«Spielen ist keine Zeitverschwendung, sondern fundamental wichtig für die Entwicklung», sagte der britische Erziehungswissenschaftler David Whitebread im Rahmen einer Veranstaltung zum Lehrplan 21.

Immer mehr Lektionen

Und aktuelle Studien belegen: Spielen macht klug und fördert die Kreativität. Dennoch steht Kindern immer weniger Zeit für das freie Spiel zur Verfügung. Margrit Stamm, emeritierte Professorin für Erziehungswissenschaften, hat herausgefunden, dass auch in Kindergärten immer mehr Lektionen schulähnlich aufgebaut sind.

Eltern sind mitschuldig

Ein Grund für den Trend zur verschulten Kindheit ist der Förderwahn der Eltern. Aufgrund des gesellschaftlichen Drucks würden schon kleine Kinder mit Arbeitsblättern behelligt, sagt Margrit Stamm. Stamm befürchtet, dass das Spiel mit dem Lehrplan 21, mit dem schweizweit einheitliche Kompetenzziele vorgegeben werden, noch stärker unter Druck gerät.

<http://www.suedostschweiz.ch/node/3230097>



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 10, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Tagblatt, 8. April 2015, SVP Wattwil ist gegen den Lehrplan 21



Referentin Sarah Bösch und Hansueli Hofer, Präsident. (Bild: pd)

An der Hauptversammlung der SVP Wattwil stellte sich Linus Thalmann als Nationalratskandidat vor und Sarah Bösch referierte über den Lehrplan 21.

Linus Thalmann berichtete über seine Ziele und den Mangel an Unternehmern im Kantonsrat und im Parlament. Gerade mal zwölf von 120 Kantonsräten im Kanton St. Gallen haben als Unternehmer Ende Monat den Angestellten den Lohn zu bezahlen. Nicht besser ist es im Bundesparlament. Leider sind Unternehmer heute derart beschäftigt mit den Unternehmen und der zunehmenden Verbürokratisierung durch den Staat, dass sie sich kaum mehr zur Verfügung stellen für ein öffentliches Amt. Linus Thalmann forderte auch dazu auf, Unterschriften zu sammeln für die Beibehaltung des Pendlerabzuges, weil es gerade Regionen wie das Toggenburg besonders treffen würde. Der geschäftliche Teil konnte zügig erledigt werden. Der Präsident, Hansueli Hofer, schaute kurz zurück auf das verflossene Jahr mit wiederum zwei Grossanlässen. Einerseits die Churfürstentagung am 2. Mai 2014 und die 1.-August-Feier 2014 mit Christoph Blocher auf dem Ricken. In guter Erinnerung bleibt auch der Anlass für die Kanti Wattwil am 12. November im Thurpark. Damals wurde alles gesagt, was gesagt werden musste, erfreulicherweise hat die Regierung jetzt so entschieden, wie wir Toggenburgerinnen und Toggenburger das wünschten, ein Entscheid, der in jeder Hinsicht richtig ist; das freut die SVP riesig. Im Anschluss an die Hauptversammlung referierte Sarah Bösch über die Integration und den Lehrplan 21. Sarah Bösch ist Stadtparlamentarierin in Wil, wurde als Kleinkind adoptiert und ist in St. Gallen aufgewachsen. Bösch ist Mutter einer 3jährigen Tochter, ledig, Fachfrau im Behindertenbereich und Jungunternehmerin. Sie ist Mitglied in verschiedenen Kommissionen und Vereinen wie der SVP- Bildungskommission Schweiz, Mitglied Fachkommission Bildung SG oder Mitglied im Verein starke Volksschule.

Freudig konnte sie berichten von der eingereichten Volksinitiative für den HarmoS-Ausstieg, sie war die Koordinatorin der Unterschriftensammlung im Kanton St. Gallen. Statt der benötigten 4000 Unterschriften konnten über 7000 beglaubigte Unterschriften eingereicht werden, ein starkes Zeichen für den HarmoS-Ausstieg und für eine starke Volksschule St. Gallen ohne Lehrplan 21. Es sei kompliziert, erklärte Sarah Bösch, weil St. Gallen schon HarmoS beigetreten sei. So muss der Kanton zuerst aus dem HarmoS aussteigen, und erst nachher kann der Lehrplan 21 bekämpft werden. Grosse Sorge bereitet Sarah Bösch die zunehmenden Einflüsse von Unesco und UNO auf die Schweiz. Das Land dürfe sich das Bildungssystem nicht von aussen diktieren lassen. Die SVP bekämpfe zu Recht den EU-Beitritt. In Deutschland wurde festgestellt, dass die Schüler die Schule geschafft hätten, aber der Arbeitswelt nicht gewachsen wären, und genau dies sei es, was auch Schweizer Unternehmer und Auszubildende feststellten. Die Gründe seien vielfältig, aber der Lehrplan 21 würde das Problem noch verschärfen. Gestärkt durch den Entscheid der Delegierten der SVP Schweiz, den Lehrplan 21 abzulehnen, nannte Sarah Bösch die Gründe gegen den



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 10, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Lehrplan 21. An der Delegiertenversammlung vom 28. Februar legten sich die sieben SVP-Bildungsdirektoren «ins Zeug» für den Lehrplan 21. Ebenso legten sich Unternehmer und Auszubildende «ins Zeug» gegen den Lehrplan 21. Die Unternehmer gewannen die Abstimmung. Gründe für die Ablehnung ist die neue Kompetenzorientierung und das selbstorganisierte Lernen. Das Fremdsprachenkonzept ist unter Berücksichtigung der vielen verschiedenen Muttersprachen der Schülerinnen und Schüler durch die grosse Einwanderung sehr schwer umzusetzen. Das Abc und das 1x1 werden vernachlässigt, was verheerende Folgen auf Sprache und Mathematik hat. Dazu kommt die geplante Sexualisierung ab Kindergarten. Trotz den vielen Sorgen blieben die Mitglieder und Gäste noch länger in geselliger Runde.

<http://www.tagblatt.ch/ostschweiz/stgallen/toggenburg/tt-re/SVP-Wattwil-ist-gegen-den-Lehrplan-21;art340,4184228>



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 10, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Tagblatt; 9.4.15: Wer spielt lernt mehr

Wer spielt, lernt mehr

Die Forschung zeigt: Spielen macht klug. Doch ausgerechnet die Rolle des Spiels werde im Lehrplan 21 nicht klar umschrieben, kritisieren Experten. Zu frühes Lesen schade, sagen sie.

KARI KÄLIN

Es kann die Nerven strapazieren. Anstatt endlich ins Bett zu gehen, machen die Kinder noch ein Rollenspiel, bauen Legotürme, setzen Puzzles zusammen. Doch eigentlich besteht für Eltern aller Grund zur Freude, wenn sich ihr Nachwuchs in solche Aktivitäten vertieft. «Spielen ist keine Zeitverschwendung, sondern fundamental für die Entwicklung», sagt der britische Erziehungswissenschaftler David Whitebread.

Die eigene Agenda setzen

Der Spezialist für Entwicklungspsychologie an der Universität Cambridge kritisiert die Tendenz, Kinder immer früher einzuschulen. Seine Hauptbotschaft: Die Lösung «Je früher, desto besser» ist falsch. Es bringe nichts, wenn man Windelträger Lesen und Rechnen beibringe. Erst ab sechs oder sieben Jahren seien Kinder in der Lage, etwas Abstraktes zu lernen. «Davor brauchen sie für eine günstige Entwicklung vielmehr konkrete Erfahrungen, die sie im freien Spiel sammeln können.» Bei solchen Tätigkeiten seien sie motiviert, setzen ihre eigene Agenda, anstatt jener von Erwachsenen zu folgen, und stellten sich selber immer anspruchsvollere Aufgaben.

Ein zu früher Beginn mit dem formalen Unterricht, bei dem die Kinder

andächtig in den Schulbänken sitzen, betrachtet Whitebread als kontraproduktiv. «Dies kann zu einer Erfahrung des schulischen Versagens und zur Abkoppelung vom Bildungsprozess führen», sagt er.

Auch in der Schweiz gibt es bekannte Fürsprecher für das Spiel. «Es ist für kleine Kinder der entschei-

«Spielen ist keine Zeitverschwendung, sondern fundamental für die Entwicklung.»

David Whitebread
Entwicklungspsychologe

dende Entwicklungsmotor für ihr Wohlbefinden», sagt Margrit Stamm, emeritierte Professorin für Erziehungswissenschaften an der Universität Freiburg. Frühe Förderung, etwa im Lesen und Rechnen bei Kindern im Vorschulalter, sei nicht im Sinne einer ganzheitlichen Entwicklungsförderung. Vielmehr dokumentiere die neueste Forschung den Wert des freien Spiels. Kinder, die in der Krippe oder zu Hause spielen, anstatt unter Anleitung von Erwachsenen zu lesen, haben laut Stamm gleich einen doppelten Vorteil: «Sie sind später gleich gut oder besser im Lesen, verfügen über bessere intellektuelle Fähigkeiten, und sie werden zu ausgeglicheneren jungen Menschen.»

«Mit anderen Worten: Wenn Eltern schon Vierjährigen das Abc eintrichtern, anstatt sie spielen zu lassen, schaden sie der Entwicklung ihrer Kinder. Zu diesen Schlüssen ist Stamm in ihren Studien gekommen. Dabei beobachtete sie 303 Kinder im Alter von drei bis sechs Jahren, ihre Eltern sowie je zwölf Kindertagesstätten (Kita) und Kindergärten.

Keine «Bastelanten» mehr
Die empirische Forschung zeigt: Spielen macht klug, fördert die Kreativität und formt emotional stabile Menschen. Gleichwohl ist die Zeit, die Kindern daheim und in Kita und Kindergärten fürs freie Spiel zur Verfügung steht, in den letzten 20 Jahren um einen Drittel gesunken. Umso stärker irritiert Stamm die Tatsache, dass das schulische Lernen im Kindergarten auf dem Vormarsch ist.

Einen Grund für den Trend zu schulähnlichen Kindergärten ortet Stamm in Harnos. Mit diesem Reformprojekt, das erstmals national Schuldauer und wichtigste Ziele der Bildungsstufen vereinheitlicht, werden Kinder schon ab vier Jahren eingeschult. «Der Kindergarten wurde aufgewertet. Das ist wunderbar», sagt Stamm. Gleichzeitig hätten sich die Kindergärtnerinnen emanzipiert und wollten nicht mehr «Bastelanten»

sein. Damit bleibe aber die Spielkultur auf der Strecke. «Es findet eine leise Verschulung statt», sagt Stamm.

Lehrplanmacher wehren sich

Ab dem Schuljahr 2017/18 soll in den ersten Kantonen der Lehrplan 21 eingeführt werden, in dem schweizweit einheitliche Kompetenzziele definiert sind. Verantwortlich für den Lehrplan 21 ist die Deutschschweizer Erziehungsdirektorenkonferenz. Deren Geschäftsleiter Christoph Mylaeus hält Stamms Befürchtungen für unbegründet. Der Lehrplan 21 sei kompatibel mit dem Postulat fürs Spielen, sagt Mylaeus. In der Tat finden sich Hinweise, dass die Lehrplanmacher den Wert solcher Tätigkeiten erkannt haben. «Insbesondere das freie Spiel stellt ein zentrales und vielschichtiges Lernfeld dar, das emotionale, soziale und kognitive Prozesse mit einbezieht, anregt und herausfordert», heisst es etwa in den Grundlagen zum Lehrplan 21. Im freien Spiel könnten die Kinder ihre Tätigkeiten wählen, initiieren, gestalten und darin Autonomie erleben.

Margrit Stamm lässt sich durch solche Worte indes nicht beeindrucken. «Es kommt mir vor, als ob ein Experte gesagt hätte, man müsste noch ein paar Floskeln zur Bedeutung des Spiels einfügen.» Wie das freie Spiel konkret in den Unterricht integriert werde, sei völlig offen.

«Viele Eltern haben Angst»

Erziehungswissenschaftlerin Margrit Stamm sagt, warum für vierjährige Kinder das Spielen wichtiger ist als Lesen oder Schreiben, und warum Eltern ihre Kinder dennoch immer häufiger zu schulähnlichen Aktivitäten animieren.

KARI KÄLIN

Frau Stamm, Sie sagen, dass Kinder, die im Vorschulalter vor allem im freien Spiel anstatt im Lesen und Rechnen gefördert werden, später bessere Schulleistungen zeigen. Was ist Ihrer Meinung nach zu tun?

Margrit Stamm: Wir müssen den Wert des freien Spiels ins Bewusstsein der Bevölkerung rufen und aufzeigen, dass dies die effektivste Form von Frühförderung ist. Es braucht eine Renaissance des Spiels, es muss zentrales Element in der Kindergartenkultur sein.

Warum nützt es Vier- und Fünfjährigen mehr, wenn sie frei spielen dürfen, an-

statt in einem schulähnlichen Kontext instruiert zu werden?

Stamm: Weil das Spiel dem Entwicklungsstand der Kinder gerecht wird. Eine gute frühe Förderung lässt Kinder etwas lernen, was im Bereich ihres Möglichen liegt und wofür sie aus eigenem Antrieb motiviert sind. Vierjährige Kinder brauchen eine andere Didaktik als sechsjährige.

Weshalb verliert das Spiel an Bedeutung?

Stamm: Auch wegen des gesellschaftlichen Drucks zur Frühförderung. Schon kleine Knirpse werden mit Arbeitsblättern behelligt. Dabei spielt die Hirnforschung eine grosse Rolle. Sie besagt, dass die Eltern quasi die

Architekten der Gehirne ihrer Kinder sind. Deshalb werden schon ganz kleine Kinder in schulähnlich aufgebauten Förderkurse geschickt, obwohl sie für diese Art von Lernen noch gar nicht bereit sind. Zudem haben heute teilweise schon Dreijährige ein durchstrukturiertes Wochenprogramm, das wenig Freiraum für selber gewählte Aktivitäten lässt. Dazu kommt eine steigende Risikoscheu.

Was heisst das?

Stamm: Viele Eltern getrauen sich kaum noch, ihre Kinder unbeaufsichtigt spielen zu lassen. Jeder Spielplatz gilt als Gefahrenquelle. Man hat Angst, das Kind könnte von einem Mäuerchen fallen, man fürchtet, es

könnte sich im Wald an einem Ast verletzen und so weiter. Auch deshalb lassen Eltern ihre Kinder immer häufiger schulähnliche Dinge tun.



Margrit Stamm
Emeritierte Professorin für Erziehungswissenschaften Uni Freiburg



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 10, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 10, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

schwaebische.de; Sexuelle Vielfalt und Kindeswohl

Baden-Württembergs Kultusminister Andreas Stoch verteidigt seinen Bildungsplan – Er sieht Verleumder am Werk



Menschen unterschiedlicher sexueller Orientierung sollen nicht diskriminiert werden: Nur darum gehe es bei der Toleranz und Akzeptanz sexueller Vielfalt im Bildungsplan, sagt Kultusminister Andreas Stoch.

Fotos: Roland Rasemann

Stuttgart sz Nein, der Kultusminister will nicht wissen, was in diesen Briefen steht. Andreas Stoch macht einen fast angewiderten Eindruck, als er den Papierstoß mit dreißig, vierzig Zuschriften von Lesern der „Schwäbischen Zeitung“ von sich wegschiebt. „Ich bekomme seit über einem Jahr unsägliche Dinge von den Menschen, die diese Thesen des Herrn Stängle vertreten“ sagt er, „Unsägliches.“

Und er gebe deshalb auf diese Meinungen nichts mehr. Der SPD-Politiker ist verschnupft – sowohl im wörtlichen wie auch im übertragenen Sinne. Am Samstag hatten wieder einmal die Gegner des baden-württembergischen Bildungsplans in Stuttgart demonstriert. Dieser Protest sowie ein flankierender Kommentar in der „Schwäbischen Zeitung“ („Die Gegner liegen richtig“) haben Andreas Stoch auf die sprichwörtliche Palme gebracht. Drei Tage später, beim Gespräch in seinem Ministerium, ist er immer noch dort oben. Er ist „ziemlich erschüttert“, „relativ entsetzt“, kurz: schwer verärgert.

Die da draußen demonstriert haben, das sind für ihn „die Stängles“ – aus ganz Deutschland „hergekarrt“. Gabriel Stängle, ein Realschullehrer aus dem Schwarzwald, hatte im vergangenen Jahr die Petition gegen den baden-württembergischen Bildungsplan gestartet, und 190000 Menschen haben unterschrieben. Die Befürchtungen: Der Teil des Bildungsplans, in dem es um die Toleranz und Akzeptanz von Vielfalt geht, gefährde die Kinder durch Frühsexualisierung, stelle das klassische Familienmodell in Frage, bevorzuge einseitig Menschen mit nicht heterosexueller Orientierung, beschneide die Erziehungsrechte der Eltern, habe eine sexuelle Umerziehung zum Ziel.

„Der neue Puff für alle“

Anlass für diese Sorgen waren nicht zuletzt Beiträge in großen deutschen Zeitungen wie „Frankfurter Allgemeine“ und „Süddeutsche Zeitung“. Im Zentrum der Kritik stand und steht vor allem das Praxisbuch „Sexualpädagogik der Vielfalt“ der Kasseler Professorin Elisabeth Tuider und vier weiterer Autoren. Es gilt als Standardwerk. Die Fachleute empfehlen darin unter anderem, Kindern mit spätestens zwölf Jahren beizubringen, wo der „Penis sonst noch stecken“



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 10, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

könnte. Siebtklässler dürfen dann in der Klasse über ihr „erstes Mal“ berichten. Also „das erste Mal Analverkehr“, „das erste Mal ein Kondom überziehen“, „das erste Mal ein Tampon einführen“. In einer anderen Unterrichtseinheit namens „der neue Puff für alle“ dürfen die Kinder ein Bordell so modernisieren, dass es „verschiedenen Lebensweisen und sexuellen Praktiken“ genügt. Es gibt noch weit irritierendere Details. Jedenfalls: Eine klassische Familie mit Mutter, Vater, Kindern taucht in dem Buch nicht auf. Die „Süddeutsche Zeitung“ schrieb, dahinter stecke Methode. Die Autoren des Praxisbuchs seien Vertreter der „dekonstruivistischen Pädagogik sowie der (neo-)emanzipatorischen Sexualpädagogik“. Zu deren Zielen zähle ausdrücklich „die Vervielfältigung von Sexualitäten, Identitäten, Körpern“. Auch solle „bewusst Verwirrung und Veruneindeutung angestrebt werden“.

Was Kritikern in diesem Zusammenhang ebenfalls sauer aufstößt: Elisabeth Tuiders und der renommierte Sexualforscher Uwe Sielert – er ist Tuiders Doktorvater und Geschäftsführer der Gesellschaft für Sexualpädagogik – berufen sich auf den 2008 verstorbenen Sexforscher Helmut Kentler. Der aber habe sich „als Wissenschaftler und ganz besonders als Pädagoge selbst diskreditiert“ („Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“), weil er Anfang der 1970er-Jahre verwarhloste Jungen bei sich und bei vorbestraften Pädophilen einquartieren ließ. Kümmern gegen Sex, das sei der Deal gewesen. Die Zeitung zitiert einen Staatsanwalt, der sich seit zehn Jahren mit sexuellem Kindesmissbrauch befasst, mit der Aussage, in dem Praxisbuch fänden sich ganz klar Anweisungen, die Pädophilen als Ermunterung zum Missbrauch von Kindern dienen könnten. Und die Kinder- und Jugendpsychotherapeutin Christina Hennen ist im selben Beitrag der Meinung, hier komme unter dem Vorzeichen von „Gender“ zurück, was schon in der Kinderladenbewegung und in der Reformpädagogik als übergreifend erkannt wurde.

Andreas Stoch kennt den Wirbel um dieses Buch. Er weiß, dass immer, wenn darüber berichtet wird, der baden-württembergische Bildungsplan genannt wird. Und das bringt ihn besonders in Rage. Zu behaupten, dass der Inhalt dieses Buches sich mit den Zielen der Landesregierung decke, sei „schlicht absurd“. Es gehe ausschließlich darum, dass Menschen unterschiedlicher sexueller Orientierung nicht diskriminiert würden, nicht um unterschiedliche Sexualpraktiken. Es bestehe kein Anlass zu glauben, „dass wir dieses Buch brauchen“. Ein Bildungsplan enthalte „abstrakte Sätze, in denen Bildungsinhalte definiert werden“. Die Umsetzung liege in der pädagogischen Kompetenz der Lehrer. „Und deswegen kann ich jetzt hier auch keine Erklärung abgeben, dass kein Lehrer in Baden-Württemberg Teile eines Buches – da werden auch immer nur Sequenzen herausgenommen – verwenden wird.“

Im Vorwurf einer nicht kind- und altersgerechten Frühsexualisierung erkennt er unbewiesene Konstrukte, „aus meiner Sicht Verleumdungen“. Und: Wenn die „Stängles und Co. dieser Welt von Umerziehung reden, dann gehen sie davon aus, dass Menschen sich ihre sexuelle Orientierung heraussuchen können“. Aber nach allem, „was ernstzunehmende Wissenschaftler bekunden, ist die sexuelle Identität Teil der Persönlichkeit des Menschen. Die sucht er sich nicht aus, die ist angelegt.“ Man solle ihm doch bitte die Stellen „an unserem Bildungsplan entlang sagen, wo es nicht mehr kindgerecht oder altersgerecht ist“.



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 10, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Ein vielleicht fehlerhaftes Papier

Der Minister räumt ein, dass in einem internen Papier vom November 2013 „aus Sicht mancher zu häufig der Begriff sexuelle Vielfalt, ich glaube 25 Mal, stand“. Dieses Papier sei „vielleicht fehlerhaft gewesen, weil es den falschen Eindruck entstehen ließ“. Er habe dann aber mit der Vorstellung der Leitperspektiven „aus meiner Sicht alles dafür getan“, klarzumachen, was gemeint sei. Nebenbei: An über 100 Erprobungsschulen arbeiteten Pädagogen mit der Entwurfsfassung des Bildungsplans. Es habe bisher „keine einzige Rückfrage, keine einzige Beanstandung“ gegeben zum Thema „Toleranz und Akzeptanz von Vielfalt“.

In einem Punkt ist Stoch stur: Er hat das, was er „Verleumdungen“ nennt, nicht in die Welt gesetzt, also muss er es auch nicht aus der Welt schaffen. Wieder gerät er in Rage: „Sie müssen Dinge aus der Welt schaffen, die sie überhaupt nicht in irgendeiner Weise ins Gespräch gebracht haben. Wissen Sie, wie absurd das eigentlich ist?“ Der Jurist blitzt durch, wenn er von einer Umkehr der Beweislast spricht. Und weil es die nicht geben darf, geht es ihn auch nichts an, wenn der Arbeitskreis Lesbenpolitik der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Baden-Württembergs den Kollegen an den Schulen eine Handreichung geschickt hat, wie man „lesbische und schwule Lebensweisen“ thematisieren könnte. Darin dürfen die Schüler Fragen wie diese beantworten: „Ist es möglich, dass deine Heterosexualität nur eine Phase ist und dass du diese Phase überwinden wirst?“ Oder: „Laut Statistik kommen Geschlechtskrankheiten bei Lesben am wenigsten vor. Ist es daher für Frauen wirklich sinnvoll, eine heterosexuelle Lebensweise und so das Risiko von Geschlechtskrankheiten und Schwangerschaft einzugehen?“ Der Minister sagt dazu: „Diese Schrift kenne ich nicht, und ich kann auch nicht die Verantwortung dafür übernehmen, was Verbände tun.“ Er könne das durchaus falsch finden, müsse sich aber nicht für etwas rechtfertigen, das eben nicht auf ihn zurückgehe.

Die Frage, wieviel „Gender-Mainstreaming“ (siehe nebenstehender Kasten) in den neuen Bildungsplan fließe, beantwortet Andreas Stoch so: „Die Angst, die in diesem Zusammenhang besteht, heißt ja, dass im Sinne eines Dekonstruktivismus bestehende Wertestrukturen zerstört werden sollen, um quasi eine neue Wertestruktur zu schaffen.“ Er halte von dieser Theorie nichts. Und der Bildungsplan sei „kein Instrument, um diese Art von Theorie umzusetzen“.

„Ein Geschäftsmodell“

Ist der Streit um den Bildungsplan – er soll im Herbst verabschiedet werden – also alles in allem ein großes Missverständnis, ein Sturm im Wasserglas? Andreas Stoch sieht es anders. Das Thema werde befeuert von Leuten, „die es politisch für ihre Zwecke ausschlachten wollen“. Er nennt die AfD, namentlich Beatrix von Storch, er nennt „Teile der CDU“, namentlich Hedwig von Beverfoerde, Gründerin der „Initiative Familienschutz“. Die hätten daraus „fast schon ein Geschäftsmodell gemacht“. In gewisser Weise fühlt sich Andreas Stoch „von den Stängles dieser Welt“ verfolgt.

Gabriel Stängle, 42-jähriger Realschullehrer aus Nagold, hatte im November 2013 die Petition zum Bildungsplan auf den Weg gebracht. 192000 Menschen unterschrieben, Landesregierung und Petitionsausschuss des Landtags wiesen die Petition zurück. Im Gespräch mit der „Schwäbischen Zeitung“ bekräftigte Stängle seine Kritik an den Plänen. „Das Konzept der



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 10, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Akzeptanz sexueller Vielfalt ist ein zentraler Bestandteil der Sexualpädagogik der Vielfalt und wurde von deren Vertretern entwickelt“, sagt er. Akzeptanz sexueller Vielfalt könne nicht von den Methoden der Sexualpädagogik der Vielfalt getrennt werden. Jeweils würden die LSBTTIQ-Gruppen (lesbisch, schwul, bisexuell, transgender, transsexuell, intersexuell, queer) mit Ihren Forderungen, die sie unter dem Slogan der Antidiskriminierung führen, eine zentrale Rolle spielen.

Stängle betont, es sei für ihn eine Selbstverständlichkeit, dass Menschen mit nicht heterosexueller Orientierung nicht diskriminiert werden dürften. Darum gehe es im Aktionsplan aber längst nicht mehr, sondern „um die Privilegierung einer Interessensgruppe“.

In den Erprobungsfassungen fänden sich so gut wie keine Hinweise, wie die Leitperspektive Bildung für Toleranz und Akzeptanz von Vielfalt unterrichtet werden solle. Das stehe jetzt umso deutlicher – und für ihn abschreckend – in den Entwürfen des „Aktionsplans für Akzeptanz & gleiche Rechte Baden-Württemberg“.

http://www.schwaebische.de/region/baden-wuerttemberg_artikel,-Sexuelle-Vielfalt-und-Kindeswohl-_arid,10205813.html



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 10, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

20 Minuten, 9.4.15: «**Mehr Werken, weniger Französisch büffeln**»

In vielen Lehrberufen sind keine Französischkenntnisse nötig. Nun fordern Politiker, dass der Stundenplan für schwache Schüler angepasst wird.

Manuel ist kräftig, handwerklich begabt und hat ein gutes Auge für Masse und Formen. Ein Blick auf einen Plan – und er weiss, was er zu tun hat. Damit entspricht der Jugendliche dem Profil des idealen Schreinerlehrlings. Dass er in der Schule ein Französisch-Muffel war, ändert daran nichts.

Manuel ist nicht allein: [Gemäss einer Analyse der Lehrstellen-Profile](#) des Schweizerischen Gewerbeverbands (SGV) sind in 60 Prozent der Lehrberufe keine Fremdsprachen-Kenntnisse nötig. Das schreibt die [«NZZ am Sonntag»](#). Politiker verschiedener Lager fordern nun, dass diese Erkenntnis in den Lehrplan der Sekundarschule einfliesst.

Mehr Deutsch und Werken

Der Zürcher GLP-Politiker und Sekundarlehrer Christoph Ziegler hatte schon 2012 verlangt, dass der Französischunterricht für Sek-B- und Sek-C-Schüler in den letzten beiden Schuljahren freiwillig wird. Nachdem der Kantonsrat ein entsprechendes Postulat versenkt hat, doppelt Ziegler nun mit einer parlamentarischen Initiative nach.

«Die Schule hat den Auftrag, dass sie den Kindern mitgibt, was sie später brauchen – und bei vielen schwachen Schülern sind das eben keine Französisch-Kenntnisse», so Ziegler. Es sei sinnvoller, wenn die betroffenen Schüler in der deutschen Sprache oder beim Erwerb handwerklicher Fertigkeiten gefördert würden. «Ich bin zuversichtlich, dass die neuen Zahlen meine Ratskollegen zu überzeugen vermögen.»

Interesse am Handwerk wecken

In dieselbe Kerbe schlägt SVP-Nationalrätin [Verena Herzog](#), die im Kanton Thurgau den Anstoss [zur Abschaffung des Frühfranzösisch](#) gegeben hatte. Es müsse zwar das Ziel sein, dass bis Ende Sekundarschule der Grossteil der Schüler gut Französisch spreche. Prioritär seien aber bessere Grundkenntnisse in Deutsch und Mathematik. «Ich meine deshalb, dass wir die schwächsten Schüler in der Oberstufe von der Französischpflicht entbinden sollten.»

Mit einem Vorstoss im Nationalrat will Herzog zudem darauf hinwirken, dass das Fach Werken auf dem Stundenplan und in der Lehrerausbildung wieder mehr Gewicht erhält. «Insbesondere Schüler mit Migrationshintergrund oder grossen sprachlichen Schwierigkeiten können davon mehr profitieren, als wenn sie Französisch-Voci büffeln.» Zwar ist das Schulwesen kantonale geregelt – für Herzog hat das Anliegen aber durchaus eine nationale Relevanz. Gerade, weil jedes Jahr viele Lehrstellen im handwerklichen Bereich nicht besetzt werden könnten, sei es im Interesse von Wirtschaft und Gesellschaft, dass bei diesen Schülern die Freude am Handwerk geweckt werde.

«**Keine Fachidioten**»



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 10, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Genau vor dieser Argumentation warnt SP-Nationalrätin und Berufsschullehrerin Martina Munz. «Die Volksschule soll den Kindern eine Allgemeinbildung garantieren und sie nicht zu Fachidioten machen!», ärgert sie sich. Es sei falsch, wenn schon in der Sekundarschule die Wirtschaft den Takt vorgebe. «Insbesondere, weil heute die meisten Leute nicht mehr lebenslang denselben Beruf ausüben.»

Munz betont, die Sprachkenntnisse seien oft matchentscheidend, wenn es darum gehe, sich im Beruf weiterzuentwickeln. Die Bildungspolitikerin pocht deshalb nicht nur darauf, dass der Fremdsprachenunterricht in der Volksschule unangetastet bleibt. Geht es nach ihr, soll er in der Berufsschule sogar ausgebaut werden. Munz kritisiert, heute hätten beispielsweise Elektroinstallateur-Lehrlinge keinen Fremdsprachen-Unterricht mehr. «Ich finde das sehr fragwürdig. Denn so erschwert man diesen jungen Leute die Chance, später beispielsweise die Berufsmatur nachzuholen.»

<http://www.20min.ch/schweiz/news/story/29155519>



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 10, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Tagblatt, 9. April 2015, Ein Rücktritt gegen die Reform

THAL. Heinz Herzog, Thaler Schulratspräsident und Vizepräsident des Lehrplan-21-Gegnervereins Starke Volksschule, tritt auf Ende Schuljahr zurück. «Konsequenterweise», wie er sagt, weil er «diese Schulreform nicht verantworten kann».

Es ist ein Rücktritt mitten in den Frühlingsferien; ein Rücktritt, der in der Luft lag und doch überraschend kommt: Heinz Herzog, Schulratspräsident in Thal, tritt per Ende Juli 2015 nach fast neun Jahren Schulratstätigkeit zurück.

Über Thal hinaus bekannt geworden ist der Schulratspräsident und Landwirt durch sein eifriges Engagement an der Spitze des Vereins Starke Volksschule, der im Kanton St. Gallen die Einführung des Lehrplans 21 bekämpft und aus diesem Grund auch eine Volksinitiative für den HarmoS-Ausstieg lancierte. Ein Einsatz als Vizepräsident (neben Präsident und Schulratskollege Michael Fitzi), der zunehmend auf Kritik stiess und im Herbst 2014 unter anderem auch dem Thaler Gemeindepräsidenten und FDP-Kantonsrat Robert Raths aufstiess. Raths und andere Behördenmitglieder waren gelinde gesagt irritiert, dass ein Schulratspräsident sich schulpolitisch dermassen querstellt (vgl. Ausgabe vom 2.12.14).

«Leider keine Korrekturen»

Herzog spaltete die (Schul-)Gemeinde, was sich zuletzt auch an den Bürgerversammlungen der Politischen Gemeinde zeigte. Der Präsident und sein Schulrat (in dem die Lehrplangegner klar in der Mehrheit sind) wurden teils heftig kritisiert und es wurde der gute Ruf der Schule in Frage gestellt. Eine Gruppierung kolportierte die Forderung nach dem Rücktritt Herzogs, verzichtete dann an der Bürgerversammlung im März allerdings auf den entsprechenden Antrag.

Ob die kritischen Stimmen Anteil an seinem Entscheid hatten, lässt Herzog in seinem Rücktrittsschreiben offen. In der gestern allen Angestellten zugesandten Erklärung meint er wörtlich: «Seit längerer Zeit richtete ich einen kritischen Blick auf bevorstehende Schulreformen und machte die zuständigen Stellen im Bildungsdepartement auf verschiedene problematische Entwicklungen im Bildungswesen, insbesondere auf den im Entstehen begriffenen Lehrplan 21, aufmerksam. Leider deutet vieles darauf hin, dass die St. Galler Regierung diesen Lehrplan ohne wirkliche inhaltliche Kurskorrekturen im Juni dieses Jahres genehmigen wird. Da ich diese erneute Schulreform gegenüber den Schülern, deren Eltern und auch dem Personal nicht verantworten kann, werde ich konsequenterweise meinen Dienst beenden.»

Kein Druck seitens des Kantons

Ein konsequenter Schritt, wie auch Gemeindepräsident Raths anerkennend sagt. «Ich bedaure den Rücktritt, weil wir im Gemeinderat mit Heinz Herzog sehr gut zusammengearbeitet haben», meint Raths. «Er war in der Frage Lehrplan 21 immer konsequent und bestätigt diese Haltung nun mit seinem Rücktritt. Das ist zu respektieren.» Wurde der Druck von aussen einfach zu gross, wie manche Leute in der Gemeinde vermuten? Herzog gibt darauf keine direkte Antwort, weist aber darauf hin, dass er bereits «einige positive Rückmeldungen aus der Lehrerschaft» erhalten habe.



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 10, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Druck will niemand gemacht haben. Im kantonalen Bildungsdepartement bestehe zum jetzigen Zeitpunkt kein Grund zu aufsichtsrechtlichen Schritten, meint Generalsekretär Jürg Raschle. Solange nicht gewisse Grenzen überschritten würden, verträge es auch eine politische Meinungsbildung, wie sie Herzog und seine Schulratskollegen betrieben. Einschreiten müsste man nur bei nicht mehr gewährleisteter Schulqualität, was in Thal nicht der Fall sei. Und auch der Leiter des Amtes für Volksschule, Rolf Rimensberger, sagt, man habe «keinerlei Druck aufgesetzt». Zusammen mit dem Amt für Gemeinden hätte man Thal allerdings demnächst zu einer Aussprache einladen wollen, was mit Herzogs Rücktritt nun «hinfällig» werde.

Laut Rimensberger hat der Kanton die Schule Thal kürzlich über den Termin informiert, wann ihre Lehrpersonen für den Lehrplan 21 «beschult» würden. Dies ist im Sommer 2016 der Fall, und eine in der Gemeinde verantwortliche Person für die Einführung (wogegen sich Thal sperren wollte) sei dafür «eigentlich nicht nötig».

Aussprache in Thal im Mai

Stimmt Herzogs Aussage, wonach die Regierung im Juni entscheidet? Noch wenige Tage läuft laut Raschle die Vernehmlassung für den Lehrplan, dann wertet der Erziehungsrat die Eingaben aus. Kommt es zu keinen grösseren Diskussionen, entscheidet die Regierung vor den Sommerferien. In Thal geht es vorläufig weiter wie bisher – «mit Fitzi als Vize», wie eine Lehrperson sarkastisch sagt. «Es ist ja fast der ganze Schulrat gegen den Lehrplan und gegen HarmoS. Ein angenehmeres Klima ist erst möglich, wenn auch Fitzi zurücktritt.» Als Vize würde ausgerechnet der Starke-Volksschule-Vereinspräsident Michael Fitzi ab August interimistischer Schulratspräsident werden. Gespannt warten Lehrerschaft, Elternkreise und Schulinteressierte in Thal auf den Aussprache-Abend am 5. Mai. An diesem «Austausch mit der Bevölkerung» soll über Projekte der Schule orientiert und unter Mitwirkung eines externen Moderators über aktuelle Themen diskutiert werden. Ziel ist es, «die Wege für die weitere Zusammenarbeit und das gegenseitige Verständnis» zu stärken.

Der neue Thaler Schulratspräsident, der gleichzeitig Einsitz im Gemeinderat nimmt, wird voraussichtlich am 29. November 2015 gewählt – am nächstmöglichen Abstimmungstermin.

<http://www.tagblatt.ch/ostschweiz/ostschweiz/tb-os/Ein-Ruecktritt-gegen-die-Reform;art120094,4185073>



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 10, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Tagblatt, 10. April 2015, Streit um Fremdsprachenunterricht hält an



Fremdsprachenunterricht: keine Lösung absehbar. (Bild: Keystone)

Die Diskussion um den Fremdsprachenunterricht steckt in einer Sackgasse. Als möglichen Ausweg schlägt der Zürcher Lehrerinnen- und Lehrerverband (ZLV) vor, mit Französisch zu beginnen und Englisch erst ab Beginn der Oberstufe einzuführen.

Der ZLV will verhindern, dass die Deutschschweizer Kantone unterschiedliche Regelungen für den Fremdsprachenunterricht einführen. Dies wäre ein Rückfall in die bildungspolitische Steinzeit, schreibt der Verband in einem offenen Brief.

Mit dem offenen Brief an Christian Amsler, den Präsidenten der Deutschschweizer Erziehungsdirektorenkonferenz, lädt der ZLV zu einem Gedankenaustausch ein, denn die Gefahr unterschiedlicher Regelungen wachse stetig. Immer mehr Lehrpersonen sprechen sich gegen zwei Fremdsprachen auf Primarstufe aus. In verschiedenen Kantonen sind politische Initiativen hängig oder in Vorbereitung.

Für ZLV-Präsidentin Lilo Lätzsch ist das Ziel der Fremdsprachenunterrichts in der Deutschschweizer Volksschule klar. "Am Ende der obligatorischen Schulzeit müssen die Schülerinnen und Schüler sowohl Französisch als auch Englisch können - zu definieren ist nun, wie wir sinnvoll dorthin gelangen," wird sie in der Mitteilung zitiert.

Nur eine Fremdsprache auf Primarstufe aber kein Alleingang

Pädagogisch gebe es starke Argumente für nur eine Fremdsprache an der Primarschule, politisch habe der ZLV Verständnis, dass Französisch bereits auf der Mittelstufe gelernt werden solle. Der Vorschlag des ZLV, den Englischunterricht ab der Oberstufe einzuführen, sei ein realistischer Ausweg aus dem Dilemma.

In seinem offenen Brief beruft sich der ZLV auf eine Ende 2014 durchgeführte Umfrage unter seinen rund 4000 Mitgliedern. Die Ergebnisse lassen sich laut ZLV in zwei Kernaussagen zusammenfassen: Zum einen wollen die Lehrpersonen nur noch eine Fremdsprache auf der Primarstufe, zum anderen bevorzugen sie einen Lösung für die gesamte Deutschschweiz und halten einen Alleingang des Kantons Zürich für keine vernünftige Option.

<http://www.tagblatt.ch/aktuell/schweiz/schweiz-sda/Streit-um-Fremdsprachenunterricht-haelt-an;art253650,4187269>



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 10, 9422 St. Gallen
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Tagblatt 10.04.15; Leserbrief

Leserbrief: Bildungsbürokratie muss zurück ins Glied

Ausgabe vom 1. April 2015

Mehr Realitätssinn und Verantwortung

Muss ein Lehrplan «demokratisch» sein? Wer mag sich erinnern, dass je ein Lehrplan durch Abstimmung «demokratisch» eingeführt worden wäre? Es ist die SVP, die alles und jedes vor das Plebiszit des «Volkes» ziehen will. Indem sie mit diesem Instrument nun auch noch die Schule ins Visier nimmt, erreicht ihre Politik einen gefährlichen Höhepunkt.

Ich empfehle allen Lehrern, die sich durch diese Kampagne haben in die Irre führen lassen, den SVP-Lehrplan zu lesen, den die Partei im Jahr 2010 der Öffentlichkeit vorgestellt hat (er umfasst 94 Seiten und ist im Internet immer noch zugänglich), dann sind sie hoffentlich geheilt: Er strotzt nur so von gehässigen Angriffen auf die damalige Fassung des Lehrplans 21, pädagogisch bewegt er sich auf einem bedenklichen Niveau und präsentiert sich mit einem zutiefst undemokratischen Geist: «Die da oben sind alle Deppen, nur wir wissen, wie Schule funktioniert! Heute

spricht nicht einmal mehr die SVP selbst von diesem Lehrplan, aber die Rhetorik gegen «die da oben» hat sie behalten.

Im «Echo der Zeit»-Interview über den Lehrplan 21 vom 2. April behauptete Dr. med. Roger Lauener, der Lehrplan 21 sei «überladen». Woher will er das wissen? Hat er didaktische Erfahrung mit Lehrplänen? Der Lehrplan 21 orientiert sich an der sozialen und intellektuellen Entwicklung durchschnittlich begabter Kinder und Jugendlicher.

Zum Glück wurde auch ein erfahrener Schulleiter interviewt, der die zunehmende Überlastung vieler Kinder ganz anders erklärt: durch die gestiegenen Unsicherheiten in der heutigen Berufswelt und durch Eltern, die ihre Sprösslinge nach der Schule mit dem Auto abholen und sie zu unzähligen weiteren Programmen verfrachten: Ballett, Tennis, Nachhilfe. Die Kinder sollen es einmal besser haben als sie selbst... Zweierlei täte not: mehr Zuwendung und Realitätssinn der Eltern für ihre Kinder und soziale Verantwortung der Gesellschaft für alle ihre Mitglieder.

Felix Sachs

Behnerstr. 8a, 9016 St. Gallen



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 10, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Ostschweiz am Sonntag 12.04.15; Leserbrief

Ostschweizer Kinderärzte im bildungspolitischen Minenfeld

Ostschweiz am Sonntag, 22. März 2015

Aussagen verdreht und entstellt

In einem Artikel und einem Kommentar «enthüllt» Gottlieb F. Höpli, alt Chefredaktor des Tagblatts, meine Vergangenheit, die berufliche (Lehrer) und politische (SP-Präsident) – ich bin seit sieben Jahren pensioniert und seit etwa 20 Jahren nicht mehr SP-Präsident. Vor allem aber verdreht und entstellt er meine Aussagen, die ich in einem Leserbrief zur ersten Veranstaltung der Reihe «Schule und Pädiatrie» gemacht habe, welche von der Vereinigung der Ostschweizer Kinderärzte und vom Kinderspital St. Gallen organisiert wird.

In diesem Leserbrief habe ich kritisiert, dass Chefarzt Roger Lauener (Kinderspital) in seiner Einführung einen unpolitischen Abend ankündigte und meinte, der Lehrplan komme nur am Rande vor. Beides erwies sich als falsch. Hauptpunkt meiner Kritik: In einer Zeit, in welcher der Lehrplan 21 und HarmoS von rechts stark unter Druck stehen, ist eine unpolitische Veranstaltung zu diesen Themen nicht möglich. Nach Höpli heisst das («Klartext»): besser keine Veranstaltung «Schule und Pädiatrie». Es kommt noch schlimmer: Ich als Verfasser des Leserbriefs bin der SP-Mund, der jeweils in vergleichbaren Fällen eine solche Argumentation als «Unterdrückung demokratischer Mei-

nungsbildung» brandmarken würde. In meinem Leserbrief steht allerdings etwas ganz anderes: HarmoS und Lehrplan stehen im Mittelpunkt einer politischen Auseinandersetzung, diese Seite darf man nicht ausser Acht lassen. Wer einen erklärten Gegner des Lehrplans als Referenten einlädt und dann behauptet, die Veranstaltung sei unpolitisch, der ist naiv oder nimmt eindeutig Stellung in dieser Frage.

In meinem Leserbrief steht auch, dass Kinderärztinnen und Kinderärzte sich selbstverständlich politisch einmischen sollen, das gilt auch für ihren Verband. Ganz anders sieht das aus beim Kinderspital. Eine Auseinandersetzung mit HarmoS und dem Lehrplan 21 unter der Affiche «Kinderspital St. Gallen» müsste anders aufgegleist werden.

Zum Schluss: Ich habe am Lehrplan 21 einiges auszusetzen und habe im Rahmen meiner Möglichkeiten versucht, ihn in wichtigen Punkten zu ändern, ohne Erfolg. In der jetzigen Phase der Auseinandersetzungen – in dieser Meinung hat mich der Auftritt einiger Kinderärzte an der Veranstaltung «Schule und Pädiatrie» überzeugt – will ich mit den Gegnern nichts mehr zu tun haben.

Hansueli Baumgartner

Ekkehardstrasse 2, 9000 St. Gallen